

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

Inhaltsverzeichnis

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung	1
1. Hessisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2011/2012	1
2. Novellierung der Hessischen Beihilfenverordnung	2
II. Aktuelles aus der Rechtsprechung	3
1. Die Einstellung von „geringfügig Beschäftigten“ ist mitbestimmungspflichtig	3
2. VG Frankfurt fertigt Vorlagebeschluss für den Hessischen Staatsgerichtshof	3
3. VG Kassel (Disziplinarkammer): Beamtinnen und Beamte dürfen unter bestimmten Voraussetzungen streiken	3
4. VG Darmstadt: Zulage nach § 46 BBesG (höherwertiges Amt)	3
III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen	4
Mehr Geld für die Beschäftigten der hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung	4
IV. Neues auf Rehmnetz	5
V. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten	5

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung

1. Hessisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2011/2012

Im Newsletter Nr. 3 (Juli 2011), Seite 1 ff. hatten wir über den Entwurf des hessischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2011/2012 berichtet. Die vielfachen Hinweise und Proteste, u. a. im Zusammenhang mit der mündlichen Anhörung zum Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP zur Anpassung der Besoldung und Versorgung 2011/2012 am 17.8.2011 im Hessischen Landtag, haben Wirkung gezeigt. Die Regierungskoalition hat Mitte September 2011 einen Änderungsantrag vorgelegt, mit dem sichergestellt wird, dass auch die tariflich vereinbarte Einmalzahlung jedenfalls teilweise übernommen wird.

Inhalt des Änderungsantrages:

Der Wortlaut des Änderungsantrags von CDU & FDP v. 13.9.2011 zum HBVAnpG 2011/2012 beinhaltet ausschließlich die Leistung der Einmalzahlung für Beamtinnen und Beamte sowie für Anwärtinnen und Anwärter:

- Die Einmalzahlung in Höhe von 360,00 Euro wird für die Besoldungsgruppen A 3 bis einschl.

A 11 aufgenommen. Ab der Besoldungsgruppe A 12 wird die Einmalzahlung nicht geleistet.

- Anwärtinnen und Anwärter erhalten eine Einmalzahlung in Höhe von 120,00 Euro.
- Gemeinsame Voraussetzung ist, dass die Anspruchsberechtigten „an mindestens einem Tag im Monat April 2011 Anspruch auf Dienstbezüge“ bzw. Anspruch auf Anwärterbezüge hatten (§ 5 Abs. 1, 2 HBVAnpG 2011/2012 – neu–). Einen Zahlungszeitpunkt (Fälligkeit) für die Einmalzahlung sieht der Änderungsantrag nicht vor. Damit besteht der grundsätzliche Anspruch ab dem Tag nach der Verkündung des Gesetzes im Gesetz- und Verordnungsblatt (Artikel 4 des HBVAnpG 2011/2012).

Die Mehrkosten für die Leistung der Einmalzahlung werden mit 10 Millionen Euro beziffert. Dieser Betrag erfasst vermutlich jedoch ausschließlich den Bereich der Landesverwaltung und nicht auch den des kommunalen Bereichs, der Deutschen Rentenversicherung etc.

Die Regierungsfractionen CDU und FDP folgen mit dem Änderungsantrag teilweise der Linie der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, die ihrerseits vorgeschlagen hatten, die linearen Erhöhungen zeitlich gestaffelt nach Laufbahngruppen vorzunehmen: Erhöhung um 1,5 % für den einfachen Dienst mit Wirkung zum 1.4.2011, für den gehobe-

nen Dienst mit Wirkung zum 1.7.2011, alle anderen zum 1.10.2011. Gleiches dann auch für das Jahr 2012. Auch Bündnis 90/Die Grünen hatten vorgeschlagen, die Einmalzahlung sowohl für Beamtinnen und Beamte als auch für Anwärtinnen und Anwärter aufzunehmen. Der **ursprüngliche Gesetzentwurf** v. 31.5.2011 von CDU & FDP hatte vorgesehen, die Einmalzahlungen vollständig nicht zu übernehmen (siehe Newsletter Nr. 3/2011, Seite 1).

Damit würden sich die **Abweichungen** im Verhältnis zum Tarifbereich wie folgt darstellen:

Lfd. Nr.	Tarifergebnis vom 5.4.2011	HBVAnpG 2011/2012 (Stand: Sept. 2011)	Differenzen
01.	360,00 Euro Einmalzahlung für Beschäftigte. Fällig im Juni 2011.	360,00 Euro	In der Höhe keine, jedoch zeitliche Differenz.
02.	120,00 Euro Einmalzahlung für Auszubildende. Fällig im Juni 2011.	120,00 Euro	In der Höhe keine, jedoch zeitliche Differenz.
03.	Lineare Erhöhung um 1,5 % zum 1.4.2011.	Lineare Erhöhung um 1,5 % zum 1.10.2011	6 Nullmonate
04.	Lineare Erhöhung um 2,6 % zum 1.3.2012.	Lineare Erhöhung um 2,6 % zum 1.10.2012	7 Nullmonate

Auf der Tagesordnung der Sitzung des Hessischen Landtags am Dienstag, dem 4.10.2011 steht jetzt auch die 2. Lesung des HBVAnpG 2011/2012. Die Beschlussempfehlung und der Bericht des Innenausschusses des Landtages (INA; LT.-Drucks. 18/4521 v. 23.9.2011) stehen zur Abstimmung. Inhaltlich bedeutet dies, dass sich der INA mehrheitlich dem zitierten Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP v. 13.9.2011 angeschlossen hat und nunmehr auch die **Einmalzahlungen** in das **Gesetz aufgenommen** werden sollen. Möglicherweise wird auch eine 3. Lesung beantragt, die könnte dann am 6.10.2011 stattfinden. Auf Grund der bekannten Mehrheitsverhältnisse ist damit zu rechnen, dass der Gesetzentwurf in der jetzt vorliegenden Fassung verabschiedet wird. Die Beratung hierzu wird verbunden mit der Beratung des **Entschließungsantrages der Fraktion der SPD** (LT.-Drucks. 18/4425 v. 6.9.2011). Darin werden die Absichten in Bezug auf die **Novellierung der HBeihVO kritisiert** (siehe Newsletter Nr. 3/2011, Seite 2 ff.).

2. Novellierung der Hessischen Beihilfenverordnung

Im Newsletter Nr. 3/2011, Seite 2 ff. hatten wir über die Pläne zur Änderung der Hessischen

Beihilfenverordnung (HBeihVO) berichtet. Aktuell gibt es hier keinen neuen Sachstand. Das Beteiligungsverfahren nach § 115 Nr. 2 HBG (Landespersonalkommission, LPK) ist derzeit noch nicht abgeschlossen. Bis Ende September 2011 hatte die LPK über den Verordnungsentwurf noch nicht abschließend beraten, so dass das Kabinett gehindert war, die Verordnung formell zu beschließen.

II. Aktuelles aus der Rechtsprechung

1. Die Einstellung von „geringfügig Beschäftigten“ ist mitbestimmungspflichtig

Das *VG Wiesbaden* hat mit Beschluss vom 10.3.2011 entschieden, dass eine Personalvertretung bei der Einstellung sogenannter „geringfügig Beschäftigter“ nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen (§ 77 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a HPVG) zusteht. Begründet wird dies mit der mittlerweile herrschenden Meinung in der Rechtsprechung, wonach es bei der Ausübung dieses Mitbestimmungsrechts nicht darauf ankommt, ob ein Beschäftigungsverhältnis zur Dienststelle zustande gekommen ist oder überhaupt zustande kommen sollte. Entscheidend

ist vielmehr die nicht nur vorübergehende Integration in die Dienststellenorganisation. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hatte jedenfalls bislang das Mitbestimmungsrecht bei Einstellung dieses Personenkreises verneint (*HessVGH* v. 23.9.1993, *HessVGRspr.* 1994, S. 41). Die gegen die Entscheidung eingelegte Beschwerde beim *HessVGH* wurde zurückgenommen. Die **Entscheidung ist rechtskräftig**.

VG Wiesbaden, Beschluss v. 10.3.2011, Az.: 23 K 40/11.WI.PV

2. VG Frankfurt fertigt Vorlagebeschluss für den Hessischen Staatsgerichtshof

Das *VG Frankfurt a. M.* hat am 15.8.2011 einen Vorlagebeschluss für den Hessischen Staatsgerichtshof gefertigt. Es geht um die Frage, ob § 9 Abs. 2 HPVG mit Art. 37 der Hessischen Verfassung in Übereinstimmung zu bringen ist. Die personalvertretungsrechtliche Regelung unterbindet die Wahlberechtigung u. a. in den Fällen, in denen Beschäftigte über einen Zeitraum von 3 Monaten hinaus zu einer anderen Dienststelle abgeordnet sind. Gleiches gilt in den Fällen, in denen Beschäftigte mit mehr als der Hälfte ihrer Arbeitszeit in einer anderen Dienststelle tätig sind. Auch in den Fällen der Zuweisung, gleich ob dienst- oder tarifrechtlicher Art, greift diese Regelung. Eine der Folgen ist, dass dann auch keine Wählbarkeit mehr besteht (§ 10 Abs. 1 HPVG). Ausgangspunkt war bzw. ist die Fallkonstellation, dass ehemalige städtische Dienststellen einer Rechtsformänderung unterzogen wurden und in diesem Zusammenhang Beschäftigte in der neuen Institution tätig wurden, dort aber gleichwohl kein Beschäftigungsverhältnis begründet haben.

Es wird abzuwarten bleiben, wann und wie der Hess. Staatsgerichtshof entscheidet. Dies kann sich dann auch auf die im Mai 2012 anstehenden Personalratswahlen auswirken.

VG Frankfurt a. M., Beschluss v. 15.8.2011, Az.: 23 K 863/11.F.PV

3. VG Kassel (Disziplinarkammer): Beamtinnen und Beamte dürfen unter bestimmten Voraussetzungen streiken

Die Disziplinarkammer des *VG Kassel* hat die vom *VG Düsseldorf* (Urteil v. 15.12.2010, ZBR 2011, S. 177 ff.) eingeschlagene Linie zur Frage des Streikrechts von Beamtinnen und Beamten fortgesetzt. In einem Fall, bei dem Lehrerinnen und Lehrer im November 2009 an einem Warnstreik/Streik teilgenommen hatten, sprach das zuständige Staatliche Schulamt eine Missbilligung aus. Hiergegen wehrten sich die Betroffenen. Mit Erfolg. Die Disziplinarkammer verwarf die Disziplinarmaßnahme u. a. mit dem Hinweis auf die jüngere Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) z. B. v. 21.4.2009 (NZA 2010, S.1423). Danach dürfe ein Streikverbot nicht generell für eine bestimmte Berufsgruppe verhängt werden, sondern müsse von der konkreten Funktion abhängig gemacht werden. Konkret müssten hoheitsrechtliche Befugnisse ausgeübt werden. Dies sei bei Lehrerinnen und Lehrern, so das Gericht, nicht der Fall. Gegen diese Entscheidung ist das Rechtsmittel der Berufung zugelassen worden, die auch eingelegt wurde. Die Entscheidung ist mithin nicht rechtskräftig. Der *HessVGH* wird sich damit zu befassen haben.

VG Kassel (Disziplinarkammer), Urteil v. 27.7.2011, Az.: 28 K 574/10.KS.D

Produkttyp

Rothländer
Leitfaden für die Personalratswahlen 2012 nach dem HPVG



CD-ROM
ISBN 978-3-7685-6353-6
€ 44,95
NEU im Dezember 2011

4. VG Darmstadt: Zulage nach § 46 BBesG (höherwertiges Amt)

In einer dienstrechtlichen Streitigkeit hat jetzt (auch) das *VG Darmstadt* die Voraussetzungen präzisiert, unter denen Beamtinnen bzw. Beamte einen Anspruch auf die Zulage nach § 46 BBesG (Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes) haben. Streitig war eine Fallkonstellation, bei der eine Beamtin die Funktion einer stellvertretenden Dezernatsleiterin einer Behörde ausübte. Der ei-

gentliche Stelleninhaber schied im März 2004 aus, seitdem übte sie diese Funktion mit aus. Im Januar 2009 stellte sie den Antrag auf Gewährung der Zulage mit dem Hinweis, dass sie seit Ende März 2004 die Aufgaben des insoweit höherwertigen Amtes ausübe.

Dies lehnte die Behörde mit dem Hinweis ab, die Übernahme der Aufgaben des höherwertigen Amtes sei zu keinem Zeitpunkt formell übertragen worden, im Übrigen sei sie als stellvertretende Dezernatsleiterin ohnehin verpflichtet, im Falle der Vakanz die Funktion wahrzunehmen. Dieser Auffassung widersprach das Gericht unter ausdrücklichem Hinweis auf den Wortlaut des § 46 Abs. 1 BBesG. Dies wird im Einzelnen ausführlich begründet. Nach der Entscheidung des *BVerwG* v. 28.4.2011, Az.: 2 C 30/09 ist dies nunmehr eine weitere Entscheidung, mit der die Anspruchsvoraussetzungen im Einzelnen dargelegt werden. Gegen die Entscheidung konnte innerhalb eines Monats die Zulassung der Berufung zum HessVGH beantragt werden. Es ist derzeit nicht bekannt, ob dies erfolgt ist.

VG Darmstadt, Urteil v. 25.8.2011,
Az.: 1 K 1645/09.DA

Produkttyp

Hessisches Gleichberechtigungsgesetz – HGIG



Loseblattwerk in 4 Ordnern
ISBN 978-3-7685-6602-5
€ 159,95 zzgl. Aktualisierungen
€ 199,95 ohne Aktualisierungen

[\[mehr Info\]](#)

Der Kommentar gibt eine Hilfe bei der Anwendung des Gesetzes und bietet zugleich auch Anregungen, wo und wie Verbesserungen im Sinne von mehr Gleichberechtigung gemacht werden können.

III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen

Mehr Geld für die Beschäftigten der hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung

Die rund 1.400 Beschäftigten der hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung erhalten ab dem 1. Januar 2012 mehr Geld. Bisher anlass- bzw. einzelfallbezogene Zuschläge werden in zwei unterschiedliche monatliche Pauschalzahlungen in Höhe von 20,00 Euro bzw. 35,00 Euro zusammengefasst. Die Höhe der Zulage im Einzelfall bestimmt sich nach der Art der Tätigkeit. Zusätzlich erhalten die Beschäftigten eine einheitliche Gefahrenzulage von 25,00 Euro monatlich, so dass sich ab Jahresbeginn 2012 eine neue, monatliche Gesamtzahlung je nach Einzelfall von 45,00 Euro bzw. 60,00 Euro ergibt. Dies teilte die Gewerkschaft ver.di Mitte September 2011 in einer Pressemitteilung mit.

Mit dieser Einigung wird eine Vereinbarung aus dem April 2011 im Rahmen der allgemeinen Tarifrunde beim Land Hessen umgesetzt. Die jetzt pauschalierten Zulagen bzw. Zuschläge haben nach Gewerkschaftsangaben zum einen die Funktion, die besonderen körperlichen Belastungen der Beschäftigten im Bereich der hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung abzugelten. Die neu hinzugekommene Gefahrenzulage soll zudem die Gefährdungen von Gesundheit und Leben durch das Arbeiten z. B. auf Autobahnen bei vollständig fließendem Verkehr honorieren.

Mit dieser Tarifeinigung wird, so ver.di, zum einen das seit den 1960er Jahren bestehende komplizierte Abrechnungsverfahren der bisherigen Zuschläge abgelöst. Es wird damit auch ein Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung geleistet, weil nunmehr die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Beschäftigtengruppe als Anspruchsgrundlage für die pauschalierte Zahlung ausreicht. Für die Beschäftigten wird im Übrigen ihr monatliches Einkommen planbarer. Die Zahlung der in der Höhe einheitlichen neuen Gefahrenzulage von 25,00 Euro erkenne zudem die Tatsache an, dass diese Beschäftigten „nicht gerade selten Gesundheit und Leben riskieren“. Nach Beobachtungen von ver.di habe gerade in den letzten Jahren der Respekt der

Verkehrsteilnehmer vor solchen Maßnahmen abgenommen. „Geld sei jedoch nicht alles“ heißt es weiter in der Mitteilung. Die Autofahrer seien nachdrücklich aufgefordert, eingerichtete Baustellen mit ihren Geschwindigkeitsbegrenzungen und Warnhinweisen ernst zu nehmen und sich daran auch zu halten. „Wer so etwas ignoriert, riskiert Menschenleben. Das kann keine Zulage dieser Welt ausgleichen.“ Die Änderungen werden systematisch als neuer § 50 in den TV-H übernommen. Der Einbau erfolge im Rahmen eines 3. Änderungsarbeitsvertrages zum TV-H.

IV. Neues auf Rehmnetz

1. Downloads

[Muster für Dienst-/Betriebsvereinbarung zum BEM](#)

2. News

[Besser arbeiten beim Staat](#)

3. Blog zum Beamtenrecht

Unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger kommentiert wöchentlich die Beamtenreform und ihre Folgen - immer mit einem wachsam und kritischen Auge.

Die neuesten Themen:

- [Polizisten und Strafrichter als Bus- und Taxifahrer](#)
- [„Lehrerausbildung zum Schämen“](#)

Zu weiteren Blog-Beiträgen geht es [hier](#).

Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)
und Beendigung von Arbeits-
und Beamtenverhältnissen
wegen Krankheit

Jetzt als eBook entdecken!



V. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten

In dieser Vorschau erhalten Sie einen Überblick über den Inhalt der nächsten Ergänzungslieferungen. Sie gibt den derzeit geplanten Stand wieder, der aber kurzfristig noch geändert werden kann.

Oktober

243. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
118. Aktualisierung der Teilausgabe IV
Stichwortverzeichnis zum BeamtStG
Vorschriften zum Beamtenrecht

November:

244. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
Tarifrecht
Stichwortverzeichnis zum Teil IIa
Tarifverträge

Dezember:

245. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
65. Aktualisierung der Teilausgabe I
§§ 3, 17-22, 93 HPVG
WO-HPVG

Nähere Informationen zum Aufbau des Werkes und zu seinen Teilausgaben finden Sie [hier](#).

Impressum:

R.v.Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH,
Im Weiher 10, 69121 Heidelberg
E-Mail: claudia.luz@hjr-verlag.de
Tel. 0 62 21/489-146 , Fax 0 62 21/489 -523

Abbestellen:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie auf unserer Abonnentenliste eingetragen sind. Selbstverständlich können Sie ihn jederzeit abbestellen, indem Sie eine entsprechende E-Mail schicken an hbr@hjr-verlag.de.

Disclaimer:

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im HBR-Newsletter können wir keine Haftung übernehmen. Sollte ein Link oder dessen Inhalte gegen Rechte verstoßen, entfernen wir diesen, sobald wir davon Kenntnis erhalten.
© 2011, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg

bestellcoupon per Fax an: 0 89 / 21 83-76 20

Ja, ich bestelle:

Ihre Arbeitshilfen



Expl. _____
v. Roetteken/Rothländer
Hessisches Bedienstetenrecht – HBR
Gesamtausgabe
Loseblattwerk in 16 Ordnern
ISBN 978-3-7685-9311-3
€ 379,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Auch erhältlich als Teilausgaben:

Expl. _____
Teil I:
Personalvertretungsrecht
Loseblattwerk in 4 Ordnern
ISBN 978-3-7685-9511-7
€ 149,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Expl. _____
Teil IV:
Beamtenrecht
Loseblattwerk in 7 Ordnern
ISBN 978-3-7685-9811-8
€ 269,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
v. Roetteken
Hessisches Gleichberechtigungsgesetz – HGIG
Loseblattwerk in 4 Ordnern
ISBN 978-3-7685-6602-5
€ 159,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
v. Roetteken/Rothländer
Beamtenstatusgesetz
Kommentar
Loseblattwerk in 2 Ordnern
ISBN 978-3-7685-0953-4
€ 149,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Jetzt bereits vormerken:

Rothländer
Leitfaden für die Personalratswahlen nach dem HPVG
Die Neuauflage erscheint rechtzeitig zu den Wahlen 2012!



Picken Sie sich das Beste heraus!

Wichtige Informationen zum Themenkomplex Beamtenrecht finden Sie auf unserer Homepage!

[mehr Info]



Weitere Bestellmöglichkeiten

Bestellhotline:
0 800 / 21 83-333

Bestellfax:
0 89 / 21 83-76 20

Per E-Mail:
kundenbetreuung@hjr-verlag.de

Per Internet:
www.rehmnz.de

Per Post:
Verlagsgruppe
Huthig Jehle Rehm GmbH
81677 München



Der Blog zur Beamtenrechtsreform

mit Dr. Maximilian Baßlperger, Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig; Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern.

[>>> zum Blog](#)

Live und ungefiltert! Blog rund um das Thema Gleichstellungsrecht

mit Kristin Rose-Möhring, Gleichstellungsauftragte im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ); Mitherausgeberin der GiP.

[>>> zum Blog](#)

[Hier](#) können Sie unser komplettes Titelangbot zum Bereich Beamtenrecht einsehen.

WAN 515186

Einrichtung/Firma

Kundennummer (falls zur Hand)

Besteller/in Vorname/Name

Funktion

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Telefon (freiwillig)*

Telefax (freiwillig)*

E-Mail (freiwillig)*

Ort/Datum



Unterschrift

Herzlichen Dank für Ihre Bestellung!

***Datenschutzhinweis:** Ihre persönlichen Angaben werden von der Verlagsgruppe Huthig Jehle Rehm ausschließlich für eigene Direktmarketingzwecke, evtl. unter Einbeziehung von Dienstleistern, verwendet. Darüber hinaus erfolgt die Weitergabe an Dritte nur zur Vertragsdurchführung oder wenn wir gesetzlich dazu verpflichtet sind. Sie können der Nutzung Ihrer Daten gegenüber der untenstehenden Adresse in Textform widersprechen ohne dass hierfür andere Übermittlungskosten nach dem jeweiligen Basistarif entstehen. Verlagsgruppe Huthig Jehle Rehm GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München.

Ein Angebot der Verlagsgruppe Huthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg, München, Landsberg, Frechen, Hamburg; im Fachbuchhandel erhältlich; Preisänderung vorbehalten!

Garantiert mit Rückgaberecht.

Die Ansichtsfrist für alle Fortsetzungswerke beträgt 4 Wochen, für alle anderen Produkte 14 Tage. Sollte ich von dem Produkt nicht überzeugt sein, schicke ich es ohne weitere Verpflichtung zurück (bei Software inkl. versiegeltem Freischalt-Schlüssel). Die Rücksendung erfolgt an die auf der Rechnung angegebene Versandadresse.

Aktualisierungsservice für Loseblattwerke und Software.

Dieser Service garantiert mir auch künftig rechtssicheres Handeln. Wenn sich für meine Arbeit wichtige Rechtsänderungen ergeben, erhalte ich automatisch eine Aktualisierung zum jeweils gültigen Preis. Dieser Service ist jederzeit kündbar.

Alle Preise zzgl. Versandkosten. Die Lieferung erfolgt auf Rechnung und Gefahr des Käufers. Bis zur vollständigen Bezahlung behalten wir uns das Eigentum an den gelieferten Produkten vor. Im Übrigen gelten die Geschäftsbedingungen des Verkäufers. Preisänderungen vorbehalten.

Stand Okt. 2011